

Erklärung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie.

Wien, 17. Januar.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Erklärung des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, in der es heißt:

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen nur unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, daß sie die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgendwelchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird; daß sie die Hindernisse, die dem Friedensschluß entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, daß auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, daß sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, daß in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die Militarisierung der Betriebe aufzuheben.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung ersuchen wir die Arbeiter aller Lebensmittelindustrien, die Bergarbeiter, die Arbeiter der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und der anderen Transportgewerbe, der Gas- und Elektrizitätswerke dringend, nicht die Arbeit einzustellen. Solche Ausstände würden die Notlage der gesamten Arbeiterschaft überaus verschärfen und müssen daher unterbleiben.

Um unnötige Opfer zu vermeiden, bitten wir die Arbeiter und Arbeiterinnen dringend, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und alle Zusammenstöße auf der Straße zu vermeiden. Ihr demonstriert durch den Streit — die Wirksamkeit dieses Demonstrationsmittels könnte durch Straßenezzeß nicht gesteigert, sondern eher gefährdet werden.